

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk., für 1 Monat 1.35 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — **Postkonto** Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 003.

Anserte kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 35 Pfg., bei Plagvorschrift 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — **Schluss** der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — **Postkonto** Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die holländische Krise.

Zwischenspiele.

Ein sehr bemerkenswerter Artikel bringt das soeben erschene Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 11 vom 16. März). Der Artikel stammt von dem Landgerichtsrat W. Kulemann, der vor dem Kriege einige Jahre über die Arbeiter- und Angestelltenbewegung veröffentlicht hat. Der Aufsatz wurde vom Verfasser zwei bürgerlichen Tageszeitungen, darunter der Vossischen Zeitung, angeboten, von diesen aber abgelehnt. Die Redaktion des Korrespondenzblattes hat daraufhin Herrn Kulemann gebeten, den Artikel bei sich abdrucken zu dürfen, und dieser Bitte ist er bereitwillig nachgekommen. Man darf also annehmen, daß die Generalkommission mit den Auffassungen des Herrn Kulemann durchaus übereinstimmt. Kulemann nennt den Streik im Januar einen Verrat am Vaterland, man solle deswegen aber die Regierungsozialisten nicht verurteilen, daß sie die Führung des Streiks zu übernehmen gesucht haben. Sie seien bisher ehrlich bemüht gewesen, positiv mitzuarbeiten; ebenso sicher sei es, daß ihnen der Streik im höchsten Maße unerwünscht kam, so, daß sie ihn innerlich mißbilligt und gern verhindert hätten würden. Zur Entschuldigung der Regierungsozialisten sagt dann Kulemann:

Es ist ein alter und richtiger Satz, daß man nur dann auf eine Bewegung einwirken kann, wenn man nicht außerhalb, sondern innerhalb steht. Steht man, daß ein Schiff in Gefahr ist, einen falschen Kurs zu steuern, so darf man nicht, am Ufer stehend, gute Ratsschläge geben, sondern muß hineinpringen und sich des Steuerbemahtigen bemächtigen. Nach dieser Regel hat die Sozialdemokratie gehandelt, und sie hat es getan in der Absicht, dem Vaterland zu nützen. Das sollten selbst diejenigen anerkennen, die ein andres Verfahren für besser gehalten hätten, denn das Urteil über Recht oder Unrecht eines Menschen kann nur nach dessen eigener Absicht bestimmt werden.

Nach an einer andern Stelle seines Artikels sagt Kulemann, daß die Regierungsozialisten gar nicht anders hätten handeln können, als daß sie auf den Verlauf des Streiks einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchten. Es wird also nicht mehr angehen, wie es die Alldutschen und selbst die Blockgenossen der Scheidemänner getan haben, die Regierungsozialisten mit den streikenden Arbeitern auf eine Stufe zu stellen und sie gar des Landesverrats zu beschuldigen. Es ist ihnen nicht darauf angekommen, daß schließlich jetzt Kulemann und das Korrespondenzblatt, die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen und an deren Durchsetzung zu helfen, sondern die Streikbewegung, wie man früher zu sagen pflegte, abzuwürgen.

Es fiel ein Reif in der Frühlingssnacht. In den hysterischen Jubel der Abhängigen über den Ausfall der Wahl in Niederbarnim bringen nichtsnöndige Jaastimmen aus den höchsten Instanzenkreisen. Welche Kreise der Abhängigen wollen die Welt betriebene Kriegspolitik nicht länger mitmachen. Man ist sich nur nicht im Klaren, was eigentlich geschehen soll. Klar über die Lage sind sich eigentlich nur die Herren, die das Volk bisher am eifrigsten „aufzuklären“, das heißt demagogisch zu verwirren sich bemüht waren. Sie wissen, daß sie mit der bisherigen Politik die Massen nicht länger an sich zu fesseln vermögen, trotz des anscheinend so glänzenden Wahlergebnisse von Niederbarnim. Sie wissen, daß die Massen, auf die sie sich heute noch berufen, ihnen davonlaufen, wenn ihnen erst einmal die Wahrheit nahegebracht werden kann, denn das Rückgrat der alten Sozialdemokratie waren bisher nicht die unorganisierten und von Stimmungen leicht beeinflussbaren Reichstagswähler, sondern die Arbeiter, die sich in den Organisationen zusammengefunden und der Partei auch über den Wahltag hinaus ideale und materielle Hilfe leisteten. In den Organisationen der Regierungsozialisten sieht es aber sehr trübe aus. Das brachte in einer Sitzung des Parteiaussschusses der abhängigen Partei, die am Schlusse der vorigen Woche in Berlin stattfand, Herr Otto Braun deutlich zum Ausdruck. Er führte nach dem kurzen Bericht des Vorwärts den Nachweis, daß der Krieg auf die Finanzen der Partei außerordentlich ungünstig eingewirkt habe. In manchen Bezirken habe man den Ernst der Lage nicht klar erkannt. Er führte dann aus:

Der wundeste Punkt aber ist, daß die Beitragszahlung nicht mehr so knapp, wie es auch unter den Kriegsverhältnissen verlangt werden könnte. Eine Reihe von Bezirken haben ihre Abrechnungen nicht eingekandt und auch mit der Einreichung der Situationsberichte hapert es. Wenn wir dies bemängeln, so verkennen wir nicht die Wirkungen des durch den Krieg hervorgerufenen Mangels an Kräften. Aber wir müssen auch die Genossen draußen bitten, an herbeizutreten,

daß hier der Punkt liegt, um den sich unsere zukünftige Werbearbeit und unsere Zukunftshoffnungen drehen.

Diese Sorge um die von dem Einfluß von Geldern abhängigen Zukunftshoffnungen hat offenbar auch die übrige Sitzung des Parteiaussschusses beherrscht. Herr Ebert erstattete ein Referat über die politische Lage, über das der Vorwärts mit wenigen Worten berichtet; er fügt hinzu, daß nicht die Absicht vorgelegen habe, das Ergebnis der Aussprache in einem Beschluß des Parteiaussschusses zusammenzufassen. Dann sagt noch das Blatt:

Die Ansicht des Ausschusses kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Reichstagsfraktion insbesondere in den großen politischen Fragen bisher so entschieden hat, wie es das Interesse der Arbeiterklasse erfordert. Am Schlusse der Aussprache erklärte Genosse Ebert, daß die Auffassungen, die in Bezug auf die kommenden Entscheidungen in der Sitzung des Parteiaussschusses zutage getreten seien, der Fraktion vorgetragen und vor der Entscheidung ernste Prüfung erfahren würden.

Diese Erklärung ist dunkel wie ein ostarischer Orakelspruch. Und wir wollen uns auch nicht die Mühe kosten lassen, ihn auslegen zu wollen. Hervorzuheben ist nur das eine: Als es sich um die wichtigsten Interessen der Gesamtpartei handelte, als es darum ging, die Spaltung der Partei zu verhindern, da hielten die Instanzenpolitiker sich nicht veranlaßt, mit ihrem Urteil zurückzuhalten. Dementsprechend, es es galt, die den Unlernern unangenehmen oppositionellen Elemente aus der Partei hinauszudrängen, schonte man nicht davor zurück, Urteile zu fällen und deren Ausführung dem Parteivorstand zu übertragen. Der Parteiaussschuß brach damals mit voller Wucht die bisherigen Gesetze der Partei, schuf ohne den Schalten eines Reichspräsidenten neue Bestimmungen und beauftragte den Parteivorstand, das Weitere zu veranlassen. Diesmal aber, wo man vielleicht den Herren von der Generalkommission und den Anexionisten in der Fraktion, die entweder über die gekillten Geldklassen oder die guten Beziehungen zu Regierung und bürgerlichen Parteien verfügen, zu nahe treten könnte, schont man davor zurück, durch einen Beschluß des Parteiaussschusses der Reichstagsfraktion in ihren Entschlüssen vorzugreifen. Man hat damit zweierlei erreicht. Erstens gewinnt man noch einige Tage für den Strohhaufenkampf in Niederbarnim; denn es könnte doch manche Arbeiterwähler ruhig machen, wenn sie jetzt hören müssen, daß trotz allem, was in der früheren und in der inneren Politik in der letzten Zeit geschehen ist, die Instanzen der Regierungsozialisten entschlossen sind, dieser Politik auch fernerehin noch ihre volle Unterstützung zu geben. Zweitens aber, wenn die abhängige Fraktion trotz den Gewaltfriedensschlüssen gegen Rußland und Rumänien, trotz den offenen Anexionen im Osten die Regierungspolitik auch weiter materiell unterstützen wird, kann späterhin der Parteiaussschuß erklären, daß er daran unschuldig sei.

Die Anwerbung russisch-polnischer Landarbeiter.

Die wirtschaftliche Ausnutzung der im Ostriecken von Rußland losgerissenen Gebiete ist Deutschland durch den Friedensvertrag ausdrücklich zugestanden worden. Davon wird der ausgiebigste Gebrauch gemacht, indem nicht nur Waren aus diesem Gebiet nach Deutschland exportiert werden sollen, sondern auch Arbeitskräfte. Der Import von Arbeitskräften nach Deutschland hat bereits nach der Befragung dieser Gebiete durch deutsche Truppen begonnen. Aus Polen sind schon seit mehr als Jahresfrist landwirtschaftliche Arbeiter nach Deutschland eingeführt worden. In welchem Umfange und mit welchen Mitteln das geschieht, darüber gibt ein Artikel in der Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift, dem Amtsblatt des Landeskulturrats, Aufschluß. Es heißt darin:

Die Beschaffung russisch-polnischer Landarbeiter wird immer schwieriger. Durch die stete Anwerbung in den an sich schon nicht zu vollreich besetzten Gebieten sind manche Gegenden Polens bereits dermaßen in Anspruch genommen worden, daß es dort fast nichts mehr anzuwerben gibt.

Um so mehr muß man anerkennen, daß die deutsche Arbeiterzentrale bemüht bleibt, landwirtschaftliche Arbeiter zu vermitteln. In dem Zwecke leitet sie jetzt die Anwerbung in der gut bebauten Ukraine ein, und es ist zu erwarten, daß von dorther die Zuweisung geeigneter Arbeiter recht bald erfolgt.

Vorläufig wird man allerdings noch geneigt sein, diese Hilfe aus der Ukraine, natürlich Friedensstands, auf dem Dache zu bewerkeln. Den Sperling in der Hand hat, wer über einen durchaus zuverlässigen polnischen Arbeiter verfügt. Verpflichtet sich der Mann, zum Dank für eine ihm bewilligte Beurteilung und gegen eine mäßige Vergütung, die gewünschte Anzahl von Arbeitern in

seiner Heimat anzuwerben, so ist damit zur Zeit die größte Wahrscheinlichkeit gegeben, Leute zu bekommen.

Das Zugeständnis, daß Polen bereits so entvölkert ist, daß es dort nur noch wenig zu holen gibt, ist ebenso wertvoll, wie das Geständnis, daß man in den Kreisen der Agrarier an einen baldigen Export aus der Ukraine nicht so recht glaubt. Dafür soll Polen noch weiter entvölkert werden. Diese polnischen Arbeiter erfahren bei den sächsischen Agrariern eine Behandlung, die fast an moderne Sklaverei grenzt. Diese Arbeiter, die die Agrarier aus dem Osten nach Deutschland ziehen, werden außerordentlich gering entlohnt. Sie bleiben dazu, die Höhe des Lohnes der landwirtschaftlichen Arbeiter im allgemeinen zu drücken und vergrößern die Kriegsgewinne der Agrarier. Auch nach dem Kriege werden die Agrarier diese Arbeitskräfte beibehalten wollen. Selbstverständlich schädigt dieser Import die Gebiete im Osten, aus denen die Arbeitskräfte herangezogen werden.

Die Verwirrung im Osten.

In dem von Rußland losgerissenen Gebiet herrscht arg verwickelte staatliche Verwirrung. Von einer Konsolidation der Verhältnisse ist noch keine Spur zu entdecken. Von den Wirren, die die Schaffung der von Deutschland geplanten Vasallenstaaten im Osten hervorgerufen muß, hat nach dem Abschluß des Ukraine-Friedens die Differenz mit den Polen wegen der Frage des Cholmer Landes ein bezeichnendes Beispiel gegeben. Heute haben sich ähnliche Differenzen zwischen all den Völkern herausgestellt, denen Deutschland in der einen oder in der andern Form staatliche Selbstständigkeit unter deutscher Kontrolle geben will. Heute gibt es einen Komplex von Ostfragen, der nicht weniger als sechs Teilprobleme umfaßt: ein ukrainisches Problem, ein litauisches, ein estländisches, ein litauisches, ein weißruthenisches und ein polnisches Problem.

Die deutsche Regierung ist an die Lösung dieser Probleme gegangen, indem sie zunächst Litauen als unabhängiges Herzogtum anerkannt hat. Die Folge davon ist ein, wenn auch sehr gemäßigter Protest der Letten gewesen, die sich dagegen verwahren, daß Litauen sofort eine besondere Staatsform erhält, bevor es mit Livland und Estland vereinigt worden ist. Die herrschenden Klassen in Litauen, Livland und Estland sind sich einig darüber, daß von einem baltischen Staatswesen Litauen ausgeschlossen sein mußte. Darüber bestehen keine Differenzen zwischen ihnen und den Litauern. Dennoch liegen auch hier Grenzstreitigkeiten vor. In Litauen ist für eine engere Verbindung mit Deutschland keine große Stimmung vorhanden. Daraus müssen sich ebenfalls Schwierigkeiten ergeben. Dazu kommen Differenzen zwischen den Litauern und den Polen, die beide Anspruch auf Grodno und Wilna erheben. Auf diese Gebiete erheben aber als Dritte auch die Weiß-Ruthenen Anspruch. Diese Weiß-Ruthenen, die ebenfalls nach einem selbstständigen Staatswesen von Smolensk bis Grodno streben, geraten nicht nur deshalb, sondern auch wegen des Gebietes von Winsk, das von polnischer Seite als Ausdehnungsgebiet betrachtet wird, in Konflikt, und obendrein noch mit der Ukraine wegen der Teile des Gouvernements Grodno, die im Ukraine-Frieden zu der Ukraine geschlagen worden sind.

Ein unentwirrbarer Nattenkönig von Ansprüchen: das ist das Bild der Lage im Osten. Dagegen können die Verhältnisse auf dem Balkan beinahe noch als wohlgeordnet bezeichnet werden. Bei diesen Ansprüchen handelt es sich keineswegs um den Willen der Gesamtbevölkerung, sondern um die Ansprüche der herrschenden Klassen. Die deutsche Regierung, die als oberste Instanz über das Schicksal dieser Gebiete endgültig zu entscheiden beansprucht, handelt nicht nach dem Willen der Bevölkerung, sondern sie handelt, wie ihr Machtinteresse es ihr vorschreibt. Sie nutzt diese Streitigkeiten zwischen den herrschenden Klassen der verschiedenen Gebiete aus, um sie desto sicherer beherrschen zu können. Jede staatliche Neugestaltung im Osten, die mit den Mitteln dieser Politik herbeigeführt wird, muß einen der Verteilungen vor den Kopf stoßen und damit neuen Konfliktstoff im Osten schaffen.

Die unheilbare Verwirrung im Osten, der sich die deutsche Regierung jetzt genähert, ist die schärfste Kritik des den Russen aufgezungenen Friedens von Brest-Litovsk. Er bringt nicht dauernden Frieden, sondern Konfliktstoff für künftige Zusammenstöße.